
Als 1917 in Rußland ein Staatswesen errichtet wurde, das den Anspruch erhob, den Sozialismus zu verwirklichen, sah die deutsche Sozialdemokratie ihre Identität in Frage gestellt, war sie doch bis zum Ersten Weltkrieg die führende Kraft der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung gewesen.

Wie beurteilten die deutschen Sozialdemokraten das sowjetische Modell in seinen verschiedenen Phasen und wie wurden sie dadurch in ihrer politischen Entwicklung beeinflusst? Welche Rolle spielte die Sowjetunion in dem oft erbittert geführten Kampf mit den Kommunisten, und welche Bedeutung hatte sie für die Abspaltung der USPD? Welche Haltung nahm die Sozialdemokratie außenpolitisch gegenüber der Sowjetunion ein? Inwieweit bestimmte die „ideologische“ Gegnerschaft zur Sowjetunion ihre Außenpolitik?

Der Autor beschreibt anhand dieser zentralen Fragen, wie die deutsche Sozialdemokratie von der Oktoberrevolution bis zum Ende der Weimarer Republik sowohl in der ideologischen Auseinandersetzung als auch auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen auf die „Herausforderung Sowjetunion“ reagierte.

Jürgen Zarusky

Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 39

R. Oldenbourg Verlag München 1992

Jürgen Zarusky

Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell

Ideologische Auseinandersetzung und
außenpolitische Konzeptionen 1917–1933

R. Oldenbourg Verlag München 1992

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Zarusky, Jürgen:

Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell:
ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische
Konzeptionen 1917–1933 / Jürgen Zarusky. – München:
Oldenbourg, 1992

(Studien zur Zeitgeschichte; Bd. 39)

Zugl.: München, Univ., Diss., 1990

ISBN 3-486-55928-1

NE: GT

© 1992 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München

Satz: Text-, Druck- und Verlags-GmbH, Nördlingen

Druck und Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-55928-1

Inhalt

Vorwort	9
1. Fragestellung, Forschungsstand, Quellen	11
2. Die „russische Barbarei“ und ihre sozialistischen Gegner – Skizzen zur Vorgeschichte	19
„Unter der Knute des Zarismus“ (19) Inkompatible Hoffnungen: Die Bedeutung der russischen Februarrevolution für die deutsche Sozialdemokratie (25)	
I. Teil: Jahre der Entscheidung (1917–1922)	
3. Von der russischen Oktober- zur deutschen Novemberrevolution	32
Neue Friedenschancen (33) Die große Debatte beginnt (34) Brest-Litowsk, die Sozialdemokraten und die Bolschewiki (40) Die Bolschewismusdebatte spitzt sich zu: Lenin gegen Kautsky (50) Krisenzeichen. Bruch mit Sowjetrußland (57)	
4. Diktatur des Proletariats? Die deutsche Revolution 1918/19 und Sowjetrußland ..	64
Profile zweier Revolutionen (64) Weichenstellungen: November 1918 bis Februar 1919 (66) Polarisierung des internationalen Sozialismus. Radikalisierung der USPD (79) Sowjetmythos und Antibolschewismus (85) Annäherungen an Sowjetrußland (95) Außenpolitik: Die SPD entdeckt den Osten wieder (96) Abstoßung und Anziehung: USPD zwischen II. und III. Internationale (98)	
5. „Wolke im Osten“ oder „Ex Oriente Lux“? Der polnisch-sowjetische Krieg und die Spaltung der USPD	102
Hoffnung auf Zusammenarbeit (102) Sowjetrußland hautnah: Die deutsche Sozialdemokratie und der polnisch-sowjetische Krieg (104) „Die Wolke im Osten (104) Zwischen Neutralität und Solidarität: Einheitsfront gegen Militärtransporte (105) Der Wiederhall des Krieges in Deutschland: Einschätzungen und Folgen(111) Anschluß an Moskau? Die Spaltung der USPD (117)	
6. Zwiespältige Beziehungen: Die deutsche Sozialdemokratie und Sowjetrußland 1920–1922	126
Die Klärung der Fronten (126) „... nicht wegen, sondern trotz des Bolschewismus“: Für die Aufnahme wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen zu Sowjetrußland (128) Roter Imperialismus, neuer Kapitalismus: Georgien, Kronstadt, NEP (132) Die Zentristen sammeln sich (132) Die Rote Armee erobert Georgien (134) Kanonen statt Argumente: Lenins Rückzug (139) „Helft dem russischen Volk!“ (142) Der Hungerstreik der Butyrki-Häftlinge (146) Konferenzvorbereitungen (149) Die Berliner Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees (153) Rapallo (155) Todesurteile gegen Sozialrevolutionäre: Ein Schauprozess und seine Folgen (160)	

II. Teil: Den Blick nach Westen gerichtet (1923–1927)

7. SPD und Sowjetunion im Krisenjahr 1923 169
 Ruhrbesetzung: „Kann Rußland uns retten?“ (169) Die Gründung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und ihre Stellungnahme zur Sowjetunion (173) Die „Schlageterlinie“ als Manöver des russischen Imperialismus. Kein „Oktober“ in Deutschland (176)
8. Mit dem Rücken zur Sowjetunion: SPD und Außenpolitik 1924–1927 182
 Neue Perspektiven im Westen (182) Der Fall Botzenhardt (184) Völkerbund oder Bündnis mit Sowjetrußland? Völkerbund! (187) Vom Dawes-Plan zum Sicherheitspakt (187) Der Kindermann-Wolscht-Zwischenfall (190) Westorientierung und Ostpolitik: Von Locarno zum Berliner Vertrag (193) „Sowjetgranaten“ (198) Weltfriede in Gefahr? (208)
9. „Die Wahrheit über Sowjetrußland“: Sozialdemokratische Perspektiven 1924–1927 212
 Die Solowezkij-Gefangenen und der georgische Aufstand (212) Was sahen deutsche Arbeiter in Sowjetrußland? Der Streit um die Arbeiterdelegationen (219) Zehn Jahre nach der Oktoberrevolution (230)

III. Teil: Zwischen Koexistenz und Konfrontation (1928–1933)

10. Das Kabinett Hermann Müller II und die Krise der deutsch-sowjetischen Beziehungen 234
 Belasteter Auftakt (235) Die Sowjetunion zwischen „rotem Militarismus“ und „sozialdemokratischer Außenpolitik“ (240) Kein Asyl für Trotzki (248) Konfrontation (251)
11. Sozialistischer Aufbau im Reich des „Roten Duce“? SPD und Sowjetunion am Ende der Weimarer Republik 262
 Stalins Durchbruch – sozialdemokratische Reaktionen (262) Sozialdemokratie auf der Anklagebank (268) Schwerindustrielle im Kreml (272) Neuer Sonnenaufgang im Osten? Die Debatte über den Fünfjahresplan (274) Kein „Nichtangriffspakt“ mit der SPD (281)
12. Zusammenfassende Überlegungen 286
 Phasen und Faktoren der Interaktion (286) Perception: Das sozialdemokratische Bild von der Sowjetunion und sein politischer Rahmen (288) „Fernwirkungen“ (291) Kampfplatz Sowjetunion: Der Streit zwischen SPD und KPD (293) Die außenpolitische Stellung zur Sowjetunion (293) Sozialdemokratisches Selbstverständnis und Sowjetunion (296)

Abkürzungen	297
Zur Schreibweise russischer Namen und Begriffe	298
Quellen und Literatur	299
Personenregister	325

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist die gekürzte und überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Sommer 1990 von der Ludwig-Maximilians-Universität München angenommen wurde. Ihre Fertigstellung fiel in die Zeit der demokratischen Umbrüche in den ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion. Vor dem Hintergrund der historischen Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem sowjetischen Modell war es hochinteressant und geradezu verblüffend, zu beobachten, wie schnell sich eine Reihe der ihres Herrschaftsmonopols beraubten kommunistischen Parteien dieser Staaten umbenannte. Sie firmieren nun als „Sozialisten“, „Sozialdemokratie“ oder „Partei des Demokratischen Sozialismus“. Nur noch kleine Fraktionen und Splittergruppen bekennen sich in Deutschland und Ostmitteleuropa zur Diktatur des Proletariats, wie Lenin sie verstand. Selbst die KPdSU nähert sich mittlerweile vorsichtig sozialdemokratischen Positionen. Der Konflikt zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie scheint mit dem vollständigen Sieg der letzteren geendet zu haben. Allerdings: Die Sozialdemokratie von heute unterscheidet sich erheblich von derjenigen der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg. Ihre Wandlung war nicht zuletzt eine Folge der intensiven Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Modell. Als ich meine Untersuchung begann, zeigte sich die kommunistische Herrschaft in Osteuropa – mit Ausnahme Polens – noch festgefügt und unerschütterlich. Es war eine eigentümliche und anregende Koinzidenz, daß ich meinem historischen Thema näher kam, während dieses plötzlich durch die politische Entwicklung ganz nah an die Gegenwart gerückt wurde. Die Recherchen waren zu diesem Zeitpunkt allerdings schon abgeschlossen, und die Konzeption stand weitgehend fest.

Ich danke Herrn Prof. Dr. Gerhard A. Ritter, der mich zu dieser Arbeit ermutigt und sie stets gefördert hat. Er hat es verstanden, kritische Begleitung mit völliger Freiheit für den Autor zu verbinden. Ich danke weiter der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Gewährung eines Promotionsstipendiums. Harold Marcuse, Birgit Rätsch und Dr. Jutta Krispenz haben Korrektur gelesen, was dem orthographischen und stilistischen Niveau der Arbeit sehr förderlich war. Henning Nordholz' beständiger Hilfsbereitschaft bei allen EDV- und Druckerproblemen war kein technisches Hindernis gewachsen. Meiner Frau Sabine danke ich für jahrelange Geduld und Unterstützung.

Dachau, Juli 1991

Jürgen Zarusky

1. Fragestellung, Forschungsstand, Quellen

„Hier lernt man praktisch, wie der Sozialismus nicht gemacht werden darf“, schrieb Anfang 1929 eine Mitarbeiterin des *Vorwärts* in einem Artikel über die Sowjetunion. Es war einer von Hunderten von Artikeln, die das SPD-Zentralorgan in der Zeit der Weimarer Republik über dieses Land veröffentlichte. Das Zitat gibt den Tenor der meisten dieser Artikel und auch die in der deutschen Sozialdemokratie vorherrschende Meinung wieder. Nicht untypisch ist darüber hinaus, daß der Artikel von einer emigrierten russischen Sozialdemokratin verfaßt wurde¹.

Die Entstehung eines Staates, der den Anspruch erhob, auf dem Weg zur Verwirklichung des Sozialismus – also des „sozialdemokratischen Endziels“ – zu sein, war für die deutsche Sozialdemokratie eine größere Herausforderung als für alle anderen politischen Strömungen in Deutschland. Daß die bürgerlichen Parteien das neue Staatswesen ideologisch ablehnten, ist nicht weiter überraschend. Daß die in der Folge der russischen und deutschen Revolution von der Sozialdemokratie abgespaltenen deutschen Kommunisten alles billigten, wenn nicht sogar bewunderten, was in Sowjetrußland geschah, gehört geradezu zum Wesen des Begriffs „Kommunist“. Die Identität der Sozialdemokratie wurde hingegen durch die Existenz der Sowjetunion in Frage gestellt, und so verstrickte sie sich in einen häufig erbittert geführten „Familienstreit“² mit den Kommunisten und deren sowjetischem Ideal. Das gilt in verschiedenen Ausprägungen für alle sozialdemokratischen Parteien. Die besondere Herausforderung der deutschen Sozialdemokratie bestand jedoch nicht nur im Hinblick auf das politische Spektrum der Weimarer Republik, sondern auch im Rahmen der internationalen Sozialdemokratie.

Auf die Oktoberrevolution sollte gemäß der Vision der russischen Kommunisten der proletarische Umsturz in Deutschland folgen, das in ihren Überlegungen die zweite – und wichtigere – Station der Weltrevolution darstellte. Dieser Faktor war, insbesondere in den ersten Jahren ihres Bestehens, prägend für die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der Weimarer Republik. Die deutsche Sozialdemokratie sah sich zudem seit 1920 einer kommunistischen Massenpartei gegenüber, deren Agitation auf dieselbe Klientel zielte wie ihre eigene. Die Kombination dieser beiden Faktoren unterschied ihre Situation nicht nur von derjenigen der sozialdemokratischen Parteien in Ländern, in denen die kommunistischen Parteien Splittergruppen geblieben waren, wie Großbritannien oder Österreich, sondern auch von der Lage etwa der französischen Sozialisten, die in größerer geographischer und politischer Entfernung zu Sowjetrußland existierten³.

Die vorliegende Arbeit ist der Versuch, zu beschreiben, wie die deutsche Sozialdemokratie auf die Herausforderung „Sowjetunion“ reagierte, und zwar sowohl in der ideologischen Auseinandersetzung als auch auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen Deutschlands und Rußlands. Die Blickrichtung der Arbeit geht also von We-

¹ Judith Grünfeld: Sozialismus in Rußland? in: *Vorwärts* Nr. 77 vom 15. 2. 1929, 2. Beilage.

² Diese naheliegende Metapher verwenden auch Erich Matthias: *Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914–1945*. Köln usw. 1954, S. VI und S. 75, und Israel Getzler: *Martov. A Political Biography of a Russian Social Democrat*. Cambridge usw. 1967, S. 222.

³ Zum Stärkeverhältnis von sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien siehe Julius Braunthal: *Geschichte der Internationale*. Band 2. Berlin usw. ³1978, S. 159–162 und S. 339 (Österreich), S. 328 f. und S. 341 (Großbritannien), S. 212 und S. 341 (Frankreich).

sten nach Osten. Natürlich kann die Haltung, die die politische Führung der Sowjetunion zur deutschen Sozialdemokratie einnahm, dabei nicht außer acht gelassen werden, doch stellt sie keinen eigentlichen Gegenstand dieser Untersuchung dar⁴. Diese konzentriert sich auf die folgenden fünf Teilfragen: 1. Wie wurde die sowjetische Entwicklung in ihren verschiedenen Phasen in der deutschen Sozialdemokratie beurteilt? 2. Welche „Fernwirkungen“ übte diese Entwicklung auf sie aus? 3. Welche Rolle spielte die Sowjetunion als Streitobjekt in den Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten? 4. Welche Stellung wurde der Sowjetunion in den außenpolitischen Konzeptionen der deutschen Sozialdemokratie zugewiesen? 5. Welcher Zusammenhang bestand zwischen der grundsätzlichen, „ideologischen“ und der außenpolitischen Haltung der deutschen Sozialdemokratie gegenüber der Sowjetunion? Diese Fragen beziehen sich einerseits auf Probleme der Perzeption, d.h. der Wahrnehmung der Sowjetunion durch die deutsche Sozialdemokratie⁵, und andererseits auf die Interaktion zwischen beiden.

Da es sich um zwei sehr verschiedene politische Einheiten handelt, einen großen Staat einerseits und eine zeitweise organisatorisch gesplante politische Bewegung andererseits, ist das Beziehungsgeflecht zwischen beiden relativ kompliziert. Die Graphik auf S. 13 versucht zu veranschaulichen, wie es sich um die beiden Grundkategorien „Perzeption“ und „Interaktion“ strukturiert.

In die Perzeption fließen alle beobachteten Handlungen der Sowjetunion ein, sowohl diejenigen, die die deutsche Sozialdemokratie nicht direkt tangierten, als auch diejenigen, die in irgendeiner Weise eine politische Reaktion von ihr erforderten. Nur die letzteren aber sind natürlich auch zugleich unter die Kategorie der Interaktion einzuordnen. Die Medien der Perzeption sind die Theoriebildung, sofern sie sich mit der Sowjetunion befaßt oder Bezug auf sie genommen wird, ferner die Berichterstattung über die UdSSR und schließlich deren Behandlung in der sozialdemokratischen Propaganda. Großen Einfluß auf die Perzeption hatte die menschwistische Emigration, die daher als eigener Faktor in der Graphik dargestellt wird. Einschränkend ist anzumerken, daß Probleme der Perzeption nur insoweit untersucht werden, als sie die politische Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der Sowjetunion betreffen. Es wird also beispielsweise keine systematische Inhaltsanalyse der Sowjetunion-Berichterstattung in der sozialdemokratischen Publizistik erstellt. Die Kommentierung des Geschehens in Sowjetrußland und seine theoretische Aufarbeitung werden nur insoweit detaillierter erörtert, als sie in politischen Wirkungszusammenhängen stehen.

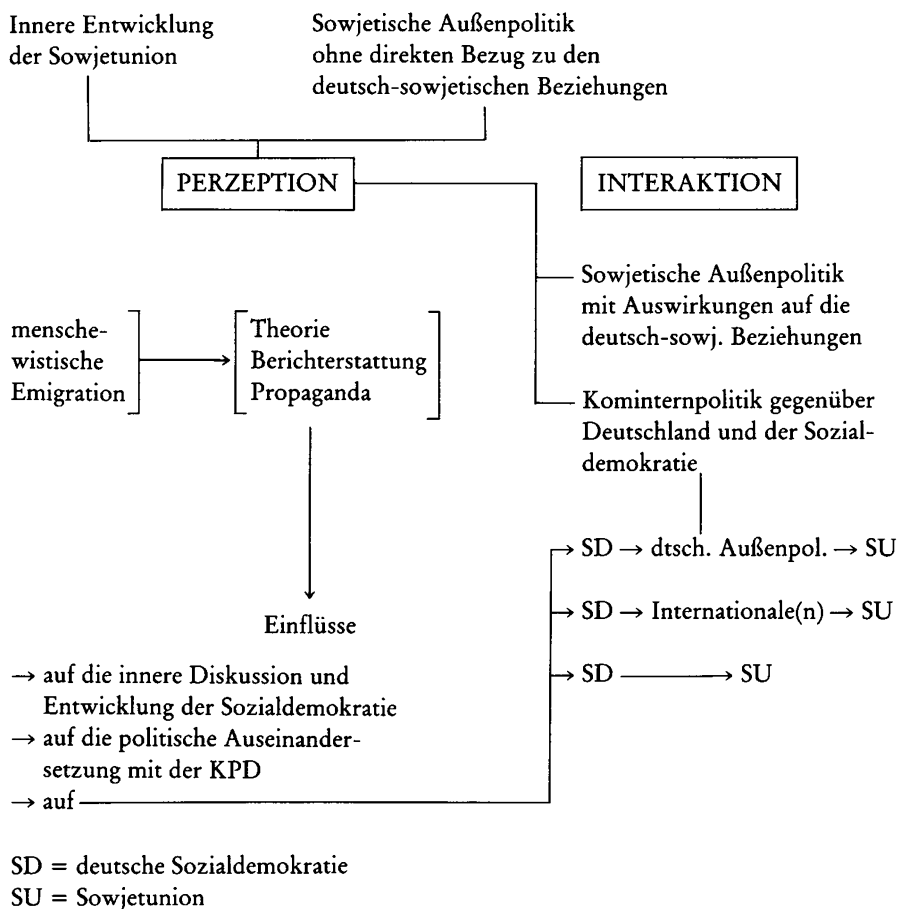
Die Interaktion der deutschen Sozialdemokratie mit der Sowjetunion war nur zu einem Teil eine direkte. Zu einem bedeutenden Teil geschah sie über vermittelnde Institutionen, insbesondere über den Einfluß deutscher Sozialdemokraten auf die Stellungnahmen der internationalen Zusammenschlüsse sozialistischer Parteien und auf die Formulierung der Außenpolitik der Weimarer Republik. Diesen beiden Bereichen korrespondieren entsprechende Aktionen der sowjetischen Außenpolitik und der Komin-tern.

⁴ Vgl. dazu Dietrich Geyer: Sowjetrußland und die deutsche Arbeiterbewegung 1918–1932, in: VfZ 24 (1976), S. 2–37.

⁵ Zum Begriff „Perzeption“ vgl. Gottfried-Karl Kindermann: Weltverständnis und Ideologie als Faktoren auswärtiger Politik, in: ders. (Hrsg.): Grundelemente der Weltpolitik. München 1981, S. 107–126, v.a. S. 109–113.

DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE UND SOWJETUNION IN DER ZEIT DER WEIMARER REPUBLIK

Graphische Darstellung des Beziehungsgeflechts



Mit dem Begriff „Sozialdemokratie“ sind hier die beiden sozialdemokratischen Parteien SPD und USPD bzw. die später wieder vereinigte SPD gemeint. Ausgespart bleibt die Spartakusgruppe um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die zwar bis Ende 1918 der USPD angehörte, dabei jedoch ihre Autonomie wahrte und bereits Ende Dezember 1918 in der KPD aufging. Auch die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), die Ende 1931 aus einer Linksabspaltung der SPD entstand, wird nur ganz am Rande betrachtet. Sie begab sich, nicht zuletzt unter Einfluß oppositioneller Kommunisten, die in ihr eine neue politische Basis suchten, sehr bald auf politische Positionen, die nicht mehr als sozialdemokratisch zu bezeichnen sind⁶.

⁶ Vgl. dazu Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Meisenheim 1965.

Ferner bezieht sich der Begriff „Sozialdemokratie“, wie er hier verwendet wird, vor allem auf die zentralen Institutionen und Organe von SPD und USPD. Es wird weder eine regionale Differenzierung vorgenommen noch werden Unterorganisationen, wie beispielsweise die Sozialistische Arbeiterjugend in die Betrachtung mit einbezogen. Diese Einschränkungen beruhen teilweise auf arbeitsökonomischen Notwendigkeiten, sie sind aber auch dadurch gerechtfertigt, daß die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion in hohem Maße von den Zentralinstanzen geprägt wurde⁷. Die Perspektive wäre allerdings verzerrt, wenn nicht auch der Versuch unternommen würde, die von der Vorstandslinie teilweise abweichende Haltung der Linksoption in der SPD zur Sowjetunion darzustellen. Ein Seitenblick wird ferner auf die Haltung der freien Gewerkschaften geworfen.

Die trotz aller Einschränkungen breit angelegte Fragestellung wurde bewußt gewählt. Die Herausforderung der deutschen Sozialdemokratie durch die Sowjetunion manifestierte sich in verschiedenen Politikbereichen, aber es blieb *eine* Herausforderung.

Die historische Forschung hat dem hier dargelegten gesamten Fragenkomplex bislang wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Für den thematisierten gesamten Zusammenhang und Zeitraum ist das entscheidende Werk nach wie vor die skizzenhafte Studie „Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten“ von Erich Matthias. Eine detailliertere Untersuchung zu einem enger begrenzten Aspekt hat vor über 20 Jahren Peter Lösche mit seinem Buch „Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903 bis 1920“ vorgelegt. Er richtet den Fokus auf die Jahre 1917 bis 1920 und arbeitet die grundlegenden Denkfiguren heraus, die die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zu Sowjetrußland bestimmten. Aufgrund des von ihm gewählten Untersuchungszeitraumes kann er deutlich die Kontinuitäten zwischen dem sozialdemokratischen Rußlandbild der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und der Kritik am bolschewistischen Rußland aufzeigen. Lösches zentrale These, ein irrational übersteigter Antibolschewismus habe die zögerliche Haltung der SPD in der Novemberrevolution entscheidend beeinflusst und sei zur neuen Integrationsideologie geworden, ist stark rezipiert worden, wenn sie auch vereinzelt auf Kritik gestoßen ist⁸. Neben diesen beiden Studien gibt es einige Überblicksaufsätze und essayistische Arbeiten, die sich mit dem Thema der vorliegenden Arbeit enger berühren⁹. Dichter gesät sind Arbeiten zur Geschichte der Revolutionsperiode, in denen die Beziehungen zwischen den deutschen und den russischen

⁷ So zeigt etwa die Auswertung der Leipziger Volkszeitung, daß Nachrichten und auch Kommentare über das Geschehen in der Sowjetunion weit überwiegend vom zentralen Sozialdemokratischen Pressedienst übernommen wurden. In ähnlicher Weise zeigt die Auswertung der Protokolle der Landesversammlungen der USPD Sachsens, daß die Auseinandersetzung über Sowjetrußland von exakt denselben Argumenten geprägt war, die auf der zentralen Ebene vorgegeben worden waren. Schließlich war die Außenpolitik, die traditionell und teilweise ideologisch bedingt keine sozialdemokratische Domäne war und auch auf den Parteitag nur selten diskutiert wurde, in hohem Maße dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion vorbehalten.

⁸ Susanne Miller: *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*. Düsseldorf 1974, S. 26.

⁹ Geyer, *Sowjetrußland*; Karl Dietrich Erdmann/Hartmut Grieser: *Die deutsch-sowjetischen Beziehungen als Problem der deutschen Innenpolitik*, in: GWU 26 (1975) S. 403–423; Willy Strzelewicz: *Die russische Revolution und der Sozialismus*. Hannover 1956; Peter Lübke: *Kommunismus und Sozialdemokratie*. Bonn usw. 1978.

Sozialisten (mit)beleuchtet werden. Insbesondere die Historiographie der DDR hat sich eingehend mit dem Einfluß der Oktoberrevolution auf die deutsche Novemberrevolution befaßt¹⁰, neigt allerdings wohl dazu, diesen zu überschätzen¹¹.

Den stärksten Einfluß übte, wie zu zeigen sein wird, das sowjetische Modell auf die Entwicklung und schließliche Spaltung der USPD aus. Robert F. Wheeler hat diesen Prozeß detailliert untersucht¹². Seine Ausgangsthese, die Frage der Internationale sei das einzige politische Problem gewesen, das in der USPD nicht „letzten Endes zur Zufriedenheit der meisten Unabhängigen Sozialdemokraten gelöst“ wurde¹³, läßt ihn jedoch übersehen, daß in der Partei eine tiefe Kluft in den essentiellen Fragen von Demokratie oder proletarischer Diktatur, von Parlamentarismus oder Rätesystem bestand, die letztlich aus der Beurteilung des sowjetischen Weges resultierte.

Für die mittlere Phase der Weimarer Republik ist keine Arbeit anzuführen, die sich eingehender mit den hier behandelten Fragestellungen befaßt. Für die Spätphase hingegen hat Wilhelm Braun 1959 seine in Tübingen entstandene Dissertation „Sowjetrußland zwischen SPD und KPD“ vorgelegt, in der das Verhältnis der SPD zur Sowjetunion allerdings verhältnismäßig knapp abgehandelt wird und teilweise fragwürdige Wertungen getroffen werden¹⁴. Die Konfrontation zwischen SPD und KPD in dieser Periode ist vor allem durch das Stichwort „Sozialfaschismus“-Theorie gekennzeichnet. Den verschiedenen Erklärungsversuchen für die Motive dieses verhängnisvollen Kurses ist gemeinsam, daß sie den unmittelbaren Beziehungen zwischen der Sozialdemokratie und der Sowjetunion dabei große Bedeutung beimessen¹⁵.

Dünn gesät sind Untersuchungen zu den außenpolitischen Konzeptionen der Weimarer Sozialdemokratie. Ein entsprechendes Dissertationsprojekt an der Universität Bochum wurde leider abgebrochen, so daß man nach wie vor auf einige ältere, keineswegs erschöpfende Arbeiten¹⁶ sowie ferner auf die allgemeine Literatur zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen angewiesen bleibt.

¹⁰ Siehe die bei Kurt Klotzbach, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914–1945. Bonn 1981, S. 130–140 genannte Literatur.

¹¹ Vgl. zu diesem Problem die Forschungsübersicht in Ulrich Kluge Die deutsche Revolution 1918/19. Frankfurt a.M. 1985, S. 33–38, sowie aus der westlichen Literatur vor allem Walter Tormin: Die deutschen Parteien und die Bolschewiki im Weltkrieg, in: Helmut Neubauer (Hrsg.): Deutschland und die russische Revolution. Stuttgart usw. 1968. S. 54–68, v.a. S. 62; Erich Matthias: Die Rückwirkung der russischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterbewegung, ebenda, S. 69–93; Robert F. Wheeler: „Ex oriente lux?“ The Soviet Example and the German Revolution 1917–1923, in: Charles L. Bertrand (Hrsg.): Revolutionary Situations in Europe 1917–1922. Quebec 1977, S. 39–50, hier: S. 40.

¹² Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution. Frankfurt a.M. usw. 1975.

¹³ Ebenda, S. III.

¹⁴ Dies gilt insbesondere für Brauns These, die innerparteiliche Diskussion über die Sowjetunion sei eine Angelegenheit von „liberalen Revisionisten auf der Rechten“ und „Orthodoxen“ gewesen, zwischen denen die Parteiführung laviert habe. Die Gesamtpartei habe dadurch „effektiv die Möglichkeit verloren, dem ‚Sowjetmythos‘ der Kommunisten mit einer klar und gemeinsam ausgesprochenen Kritik entgegenzutreten“ (S. 102).

¹⁵ Thomas Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers. Berlin 1970, S. 31f., Leonid Luks: Die Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Stuttgart 1984, S. 135 und S. 152f. Beide Arbeiten richten das Hauptaugenmerk jedoch auf die sowjetische und kommunistische Seite.

¹⁶ William Maehl: The German Socialists and the Foreign Policy of the Reich from the London Conference to Rapallo, in: Journal of Modern History 19 (1947), S. 35–54; Hermann Lange:

Erheblich besser ist die Forschungssituation, was die internationalen Zusammenhänge sozialistischer Parteien angeht, die wichtige Tribünen für die Diskussion über die Sowjetunion waren¹⁷. Mehrere Autoren haben sich auch – aus unterschiedlichen Blickwinkeln – mit Karl Kautskys Bolschewismuskritik befaßt, wobei der bislang wichtigste, wenn auch nur auf publiziertem Material fußende Beitrag derjenige Massimo L. Salvadoris ist¹⁸. Kautsky hielt engen Kontakt mit der menschewistischen Emigration, die nicht nur in Hinblick auf die Beurteilung der Sowjetunion einen außergewöhnlichen Einfluß auf die SPD ausübte, ein Phänomen, das bislang noch nicht eingehender untersucht wurde¹⁹.

Die Quellenlage für die Bearbeitung des Themas ist bei den verschiedenen Quellengruppen sehr unterschiedlich. Die Protokolle von Parteitag und internationalen Konferenzen liegen gedruckt – häufig im Reprint – vor²⁰. Problematischer wird die Situation bereits, wenn es um Führungsgremien geht. Die Protokolle des Parteiausschusses der SPD sind für die Jahre 1912–1921 ediert, die Protokolle für die folgende Zeit gelten als verschollen²¹. Nur einige wenige Protokolle des Parteiausschusses und des Parteivorstandes von 1932/33 sind noch überliefert. Die Protokolle des Parteivorstandes

Ideen und Praxis der sozialdemokratischen Außenpolitik in der deutschen Republik (1918–1926). (Diss. masch.) Erlangen 1949; Reimund Klinkhammer: Die Außenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Zeit der Weimarer Republik. (Diss. masch.) Freiburg 1955. In allen diesen Arbeiten stehen die Beziehungen zu den westlichen Siegermächten im Vordergrund.

¹⁷ Braunthal, Internationale; André Donneur: Histoire de l'Union des Partis Socialistes Pour l'Action Internationale. Sudbury/Ontario 1967; Die II. Internationale 1918/19. Protokolle, Memoranden, Berichte und Korrespondenzen. Herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von Gerhard A. Ritter. Berlin, usw. 1980; Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien: vom 22.–27. Februar 1921. Mit einer Einleitung von Konrad von Zwehl. Nachdruck der 1921 erschienenen 1. Auflage, Berlin usw. 1978; Protokoll der internationalen Konferenz der drei Exekutivkomitees: in Berlin vom 2.–5. 4. 1922. Nachdruck der Ausgabe Wien 1922. Mit einer Einleitung von Konrad von Zwehl, Berlin usw. 1980; Robert Sigel: Geschichte der Zweiten Internationale 1918–1923. Frankfurt a. M. usw. 1986.

¹⁸ Tageb Lahdiri: Lenins Revolutionstheorie und Kautskys Kritik an der bolschewistischen Revolution (Diss.) Frankfurt a. M. 1965; Jakob Schissler: Gewalt und gesellschaftliche Entwicklung. Meisenheim 1967; Massimo L. Salvadori: Sozialismus und Demokratie. Karl Kautsky 1880–1938. Stuttgart 1983.

¹⁹ Einige Aspekte dazu in der Autobiographie des Menschewiken und späteren Leiters der statistischen Abteilung des ADGB, Wladimir Woytinski, Stormy Passage. A Personal History Through Two Russian Revolutions to Democracy and Freedom. 1905–1960. New York 1961. Zu Georg Decker siehe Werner Plum (Hrsg.): Georg Denicke – Georg Decker. 7. November 1887–29. Dezember 1964. Erinnerungen eines Menschewiken und Sozialdemokraten. Bonn 1980. Wie Decker gehörte auch Alexander Schifrin zu den Hauptmitarbeitern der SPD-Theoriezeitschrift Die Gesellschaft. Boris Sapir verdanke ich die Kenntnis folgender Anekdote, die die Bedeutung der beiden menschewistischen Mitarbeiter der nominell von Rudolf Hilferding geleiteten Zeitschrift unterstreicht: Bei einem Kongreß oder Parteitag gehen Hilferding, Decker und Schifrin gemeinsam auf der Straße spazieren. Ein Kongreßteilnehmer, der sie erblickt, ruft aus: „Da kommt ja die ganze ‚Gesellschaft‘!“ Zu den Beziehungen Hilferdings zu den Menschewiki (mit dem Schwerpunkt in der Emigrationszeit): André Liebich: Marxism and Totalitarianism. Rudolf Hilferding and the Mensheviks, in: Dissent 34 (1987), S. 223–240.

²⁰ Siehe Quellenverzeichnis.

²¹ Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912–1921, hrsg. von Dieter Dowe. 2 Bde. Berlin usw. 1980. Bd. 1, S. IX.

fehlen ansonsten für den ganzen hier betrachteten Zeitraum²². Dasselbe gilt für einen Teil der Protokolle der SPD-Fraktion in der Nationalversammlung und sämtliche Protokolle der SPD-Reichstagsfraktion²³. Dagegen liegen die Protokolle der USPD-Fraktion für die Jahre 1919 bis 1922 im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam (IISG), im Original vor und als Mikrofilm im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn. Allerdings wurde das Protokollbuch mit einem Minimum an Aufwand geführt. Es erscheint lückenhaft und hält im wesentlichen nur die Beschlüsse fest.

Ausführlicher wird die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur Sowjetunion in den Reden dokumentiert, die von ihren Reichstagsabgeordneten bei entsprechenden Anlässen gehalten wurden und in den Stenographischen Protokollen des Reichstages festgehalten sind.

Eine weitere Quellengruppe bilden die Nachlässe deutscher und russischer Sozialdemokraten, in denen die Hinweise zum Thema dieser Arbeit ebenso wie in den Archivbeständen der Labour and Socialist International (1921–1923) und der Sozialistischen Arbeiterinternationale (1923 ff.)²⁴ sowie den oben genannten Quellen allerdings häufig fragmentiert und verstreut sind. Eine gewisse Ausnahme bildet der 18 Regalmeter umfassende Nachlaß von Karl Kautsky, der eine Fülle von Material über die Sowjetunion sowie Briefe von menschewistischen und anderen sowjetischen Emigranten enthält.

Da auch die edierten Akten der Reichskanzlei und die Akten zur deutschen auswärtigen Politik sowie die neue große Quellenedition zur Gewerkschaftsgeschichte²⁵ sich mit den Fragestellungen dieser Arbeit nur streckenweise oder punktuell berühren, kommt den publizistischen Quellen und hier vor allem den Tageszeitungen besondere Bedeutung zu. Ausgewertet wurden der *Vorwärts* als Zentralorgan der SPD, die *Freiheit*, die dieselbe Funktion in der USPD erfüllte, ohne formell als „Zentralorgan“ zu firmieren, und die *Leipziger Volkszeitung*, die bis Herbst 1918 die Stelle der *Freiheit* einnahm und nach der Wiedervereinigung von SPD und USPD eines der wichtigsten Organe der linken Opposition in der Partei war. Neben den Tageszeitungen sind die Zeitschriften anzuführen, die sich zumeist auf grundsätzlichere Fragen beschränkten. Da sie durchgehend ausgesprochene Richtungsorgane waren, lassen sie gut die Standpunkte der verschiedenen Strömungen in der Sozialdemokratie erkennen. Um den Einfluß der menschewistischen Emigration auf das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zur Sowjetunion zu untersuchen, wurde auch die von der Auslandsdelegation der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDAP) herausgegebene Zeitschrift *Socialističeskij Vestnik* (Sozialistischer Bote) ausgewertet, ferner auch das deutschsprachige Mitteilungsblatt der Menschewiki *RSD*. Einige Jahrgänge von letzterem scheinen allerdings in bundesdeutschen Bibliotheken nur noch fragmentarisch vor-

²² Hagen Schulze (Hrsg.): *Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33*. Bonn 1975, S. VII f.; Klaus E. Rieseberg: *Die SPD in der „Locarnokrise“*, in: VfZ 30 (1982), hier: S. 130.

²³ Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung 1919–1920. Eingeleitet von Heinrich Potthoff, bearbeitet von Heinrich Potthoff und Hermann Weber. Düsseldorf 1986, S. LIII.

²⁴ Die Bestände der genannten Organisationen befinden sich im IISG Amsterdam, ebenso die Materialien der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, die mir aus technischen Gründen nicht zugänglich gemacht werden konnten. Es handelt sich jedoch ausweislich des Beständeverzeichnisses nur um einen ziemlich kleinen Bestand.

²⁵ Siehe Quellenverzeichnis.

handen zu sein. Über die umfangreichsten Bestände verfügt die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Von dem Vorläufer der Zeitschrift *RSD*, dem *Russischen Bulletin*, von dem 1922 in Berlin 28 Nummern erschienen, konnte weder in der Bundesrepublik noch in der DDR ein Standort ermittelt werden²⁶. Auch im IISG ist diese Zeitschrift nicht vorhanden.

Zur Gruppe der publizistischen Quellen gehören schließlich noch zeitgenössische Bücher, vor allem aber aus aktuellem Anlaß verfaßte Broschüren. Hierbei wurden nicht nur sozialdemokratische, sondern auch eine Reihe kommunistischer und anderer Publikationen herangezogen, die in einem Zusammenhang mit dem Thema der Arbeit stehen. Für die autobiographischen Literatur gilt ähnliches wie für Kongreßprotokolle und Archivalien: Die Informationsdichte ist im Vergleich zu den publizistischen Quellen eher gering. Anzumerken ist, daß die Quellenrecherchen abgeschlossen wurden, ehe der Umbruch in der ehemaligen DDR den Zugang zu den dortigen, wahrscheinlich ergiebigen Archiven ermöglicht hat.

Drei Zeitzeugen waren so freundlich, mir brieflich und im Gespräch Auskunft zu geben: Josef Felder, Fritz Heine und Boris Sapir. Josef Felder war SPD-Funktionär seit 1920 und wurde 1932 und 1933 in den Reichstag gewählt. Fritz Heine war Juni 1925 Jahre Angestellter beim Parteivorstand der SPD und dort u. a. technischer Leiter der Werbeabteilung. Er hatte gute Kontakte zu menschewistischen Emigranten und reiste auf ihren Wunsch Ende der 20er Jahre in die Sowjetunion. Boris Sapir, der am 11. Dezember 1989 im Alter von 87 Jahren gestorben ist, war seit seinem 17. Lebensjahr Mitglied der menschewistischen Partei. Er nahm auf seiten der Roten Armee am russischen Bürgerkrieg teil, war aktiv in der illegalen Arbeit der Menschewiki, wurde deswegen mehrfach verhaftet und war unter anderem als politischer Gefangener in dem berüchtigten Insel-Lager Solowez im Weißen Meer. Mitte der 20er Jahre flüchtete er aus Rußland. Er studierte in Deutschland und war aktiv in der Sozialistischen Jugendinternationale, in der er in den 30er Jahren eine führende Position einnahm. Nach der Machtübernahme des Nationalsozialismus emigrierte er in die Niederlande, wo er zu den ersten Mitarbeitern des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte zählte. Die Flucht vor den deutschen Besatzern führte ihn in die USA, von wo er 1967 in die Niederlande zurückkehrte, um sich wieder Studien über die russische sozialistische Bewegung zu widmen. Er war damit zugleich Akteur und Historiker auch des Geschehens, um das es in dieser Arbeit geht.

Die Gespräche und der Schriftwechsel mit den Zeitzeugen brachten eine Reihe wichtiger Einzelinformationen, vor allem aber waren sie für mich von großer Bedeutung für das Verständnis der politischen Situation und auch der Atmosphäre jener Zeit, um die es in dieser Arbeit geht.

²⁶ Das Bulletin ist nachgewiesen in den Bibliographien Anna M. Bourguina: *Russian Social Democracy: the Menshevik Movement. A Bibliography*. Stanford 1968, S. 353; Institut po izučeniju istorii i kulture SSSR [Institut für Erforschung der Geschichte und Kultur der UdSSR]: *Ukazatel' periodičeskich izdanij emigracii iz Rossii i SSSR za 1919–1952 g. g.* [Verzeichnis periodischer Publikationen der Emigration aus Rußland und der UdSSR] München 1953, Nr. 2279.

2. Die „russische Barbarei“ und ihre sozialistischen Gegner – Skizzen zur Vorgeschichte

In der Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der Sowjetunion lassen sich deutliche Kontinuitäten zur Kritik am zaristischen Rußland feststellen¹. Nur vor dem Hintergrund der über mehr als ein halbes Jahrhundert weitgehend unveränderten Haltung der deutschen Linken zum vorrevolutionären Rußland ist diese Auseinandersetzung richtig zu verstehen.

„Unter der Knute des Zarismus“

Rußland war für die deutsche Sozialdemokratie der fremdeste unter den Nachbarn des deutschen Reiches. Ungeachtet der Kritik am politischen System Deutschlands, das sie im Vergleich zu den Verfassungen der westlichen Staaten als rückständig einstufte, waren die deutschen Sozialdemokraten doch stolz, einer der großen „Kulturnationen“ anzugehören².

„Außerhalb dieser Kulturgemeinschaft stand im Osten das Zarenreich. Deutschland hatte mit ihm langgestreckte gemeinsame Grenzen. Hinter ihnen war das Grauen. Schon daß man sie ohne Paß nicht überschreiten konnte – Rußland war damals neben der Türkei das einzige Land mit Paßzwang – war unheimlich genug. Kein Buch, keine Zeitung durfte mitgenommen werden, das Gepäck wurde sorgfältig nach Gedrucktem durchstöbert, kurz, man erlebte Dinge, bei denen sich jedem Bürger des liberalen Europa die Haare sträubten. Sah man sich im Lande um, so fand man neben protzenhaftem Reichtum nichts als Armut, Schmutz, Unwissenheit und eine alles niederdrückende Polizeiwirtschaft.“³

So, wie der sozialdemokratische Journalist Friedrich Stampfer in seinen Erinnerungen das zaristische Rußland schildert, sahen es auch seine Genossen. Ihr „antirussischer Komplex“ (Geyer) war schon von Marx und Engels her überliefert⁴.

Für die Haltung der beiden Revolutionäre zu Rußland war dabei zunächst allein die Rolle des Zarenreichs als reaktionäre Vormacht Europas ausschlaggebend gewesen. Die *Neue Rheinische Zeitung*, das Sprachrohr von Marx und Engels in den Revolutionsjahren 1848/49, propagierte von Anfang an den revolutionären Krieg gegen Rußland. Dieser war nicht nur als Angriff gegen die Bastion der Reaktion gedacht. Er sollte auch die Befreiung Polens und vor allem die Einigung der fortschrittlichen Kräfte Deutschlands und dessen Revolutionierung im Inneren bewirken, gemäß der Formel, daß das revolutionäre Deutschland „sich nach innen frei macht, indem es nach außen befreit“⁵.

¹ Matthias, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten, S. VI; Peter Lösche: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1920. Berlin 1967, S. 250.

² Matthias, Rückwirkung, S. 80.

³ Friedrich Stampfer: Erfahrungen und Erkenntnisse. Köln 1957, S. 103 f.

⁴ Dietrich Geyer: Zur „Ostpolitik“ der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, in: GWU 35 (1984), S. 145–154, hier: S. 145.

⁵ Werner Blumenberg: Karl Marx in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek bei Hamburg 1973, S. 88 f.

In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn Friedrich Engels in Entgegnung auf Bakunins Aufruf an die Slawen erklärte, „daß der Russenhaß die erste revolutionäre Leidenschaft bei den Deutschen war und noch ist“⁶.

In seiner Schrift *Enthüllungen der diplomatischen Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts* (1856/57) vertrat Marx die These, die Wurzeln der zaristischen Politik bis hinein in seine Gegenwart gingen auf die Zeit der Tatarenherrschaft zurück. Die in der internationalen Sozialdemokratie fest verankerten und besonders für die SPD am Vorabend des Ersten Weltkriegs so bedeutsamen Topoi vom asiatisch-verschlagenen und eroberungslüsternen Rußland werden hier in ungeschminkter Deutlichkeit vorgeprägt:

„Moskau ist in der scheußlichen und erbärmlichen Schule mongolischer Sklaven aufgewachsen und großgezogen worden. Seine Stärke erwarb es nur dadurch, daß es in den Künsten des Sklaventums zum Virtuosen wurde. Sogar nachdem Moskau frei wurde, spielte es seine hergebrachte Rolle des Sklaven als Herrscher noch weiter. Peter der Große war es endlich, der die politische Verschlagenheit des mongolischen Sklaven mit dem stolzen Streben des mongolischen Herrschers verband, dem Dschingis Khan in seinem letzten Willen die Eroberung der Erde vermacht hatte.“⁷

Als nach dem verlorenen Krimkrieg in Rußland die Diskussion über die Aufhebung der Leibeigenschaft einsetzte, begann Marx sich zunehmend auch für die inneren Verhältnisse des Zarenreiches zu interessieren. Er begann deshalb seit 1869 sogar mit dem Studium der russischen Sprache⁸.

Beeindruckt von der Entwicklung einer revolutionären Bewegung in Rußland setzten Marx und Engels zunehmend auf einen Umsturz im Zarenreich als Auslöser für eine gesamteuropäische Revolution⁹. Wenige Monate nach dem tödlichen Attentat auf Zar Alexander II. erklärten sie im Vorwort zur zweiten russischen Ausgabe des Kommunistischen Manifestes: „Rußland bildet die Vorhut der revolutionären Aktion von Europa.“¹⁰ Wie für die terroristischen Aktivitäten zeigten Marx und Engels auch Sympathie für die politisch-ökonomischen Auffassungen der russischen Narodniki, die die Meinung vertraten, der Sozialismus könne in Rußland direkt an das agrarische Gemeineigentum der Dorfgemeinde („mir“, „obščina“) anknüpfen und so die Phase der industriell-kapitalistischen Entwicklung überspringen¹¹. Engels machte die Chancen der

⁶ Maximilien Rubel (Hrsg.): Karl Marx/Friedrich Engels, *Die russische Kommune*. Kritik eines Mythos. München 1972, S. 298.

⁷ Ebenda, S. 124; zu dieser Schrift von Marx siehe die kritische Untersuchung von N. Rjasanoff (moderne Schreibweise: Rjasanov): Karl Marx über den Ursprung der Vorherrschaft Rußlands in Europa. Ergänzungshäfte zur Neuen Zeit Nr. 5, 1909.

⁸ Rubel, *Russische Kommune*, S. 13 und S. 51.

⁹ Harmut Mehringer: *Permanente Revolution und Russische Revolution*. Die Entwicklung der Theorie der permanenten Revolution im Rahmen der marxistischen Revolutionskonzeption 1848–1907. Frankfurt a. M. usw. 1978, S. 62f.

¹⁰ Karl Marx, Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*. Berlin (O) ³¹1969, S. 21. Der Zar sei „Kriegsgefangener der Revolution in Gatschina“ (Schloß im gleichnamigen Ort unweit Sankt Petersburgs) heißt es darin in Anspielung auf den Umstand, daß sich der Nachfolger des Ermordeten, Alexander III., aus Angst vor Anschlägen vorwiegend außerhalb der Hauptstadt aufhielt; a. a. O.

¹¹ Vgl. Solomon M. Schwarz: *Populism and Early Russian Marxism on Ways of Economic Development of Russia (The 1880's and 1890's)*, in: Ernest J. Simmons (ed.): *Continuity and Change in Russian and Soviet Thought*. Cambridge, Harvard University 1955, S. 40–62; Mehringer,

von den russischen Volkstümlern angestrebten agrarisch-sozialistischen Revolution allerdings stärker als Marx von einer anschließenden Revolution im Westen abhängig¹². Ironischerweise stellten sich die beiden Altmeister damit in Gegensatz zu den russischen Marxisten, die aus der Lektüre des Kapital den Schluß gezogen hatten, Rußland müsse, bevor es „reif für den Sozialismus“ sei, erst eine industriell-kapitalistische Gesellschaft und eine sozialistische Massenbewegung der Industriearbeiterschaft hervorbringen¹³. Diese Ansicht bildete später ein wesentliches Element in der Kritik Karl Kautskys und der Menschewiki an der Oktoberrevolution, während die auf die Weltrevolution gerichtete Strategie Lenins und Trotzki's deutliche Kontinuitäten zu Engels' Konzeption aufwies.

Mit der nach dem gewaltsamen Tod Alexanders II. einsetzenden Reaktionsperiode rückten die revolutionären Perspektiven in den Hintergrund. Die grausame Verfolgung der subversiv arbeitenden Revolutionäre bestimmte das Rußlandbild der deutschen Sozialdemokraten um die Jahrhundertwende. Sie waren voller Bewunderung für die Genossen aus der jungen russischen Sozialdemokratie und gewährten ihnen tatkräftige Unterstützung bei der Einrichtung von Geheimdruckereien in Deutschland und beim Schmuggel von illegalem Propagandamaterial¹⁴. Ein spektakulärer Hochverratsprozeß in Königsberg im Juli 1904, bei dem deutsche und russische Sozialdemokraten wegen dieser Tätigkeit angeklagt waren, konnte von den Verteidigern Hugo Haase und Karl Liebknecht in einen Propagandasieg für die Sozialdemokratie verwandelt werden¹⁵.

Die russische Revolution von 1905/6 wurde von der SPD mit Enthusiasmus begrüßt. Man erwartete mit „freudiger Genugtuung“ den vermeintlich unmittelbar bevorstehenden Sturz des „mit Korruption und Verbrechen beladenen Despotismus“ in Rußland, wie es in der einstimmig angenommenen Rußland-Resolution des Jenaer Parteitags vom September 1905 heißt¹⁶. Daß es zunächst um demokratische Freiheiten ging und der Kampf um den Sozialismus eine Sache der fernerer Zukunft sein würde, war dabei

Revolution, S. 45–65. Ein knapper Überblick über Grundzüge und Entwicklung des „Populismus“ in: Hans-Joachim Torke (Hrsg.): Lexikon der Geschichte Rußlands. München 1985, S. 18f. („Agrarsozialismus“) und S. 244–47 („Narodniki“) sowie in Georg von Rauch: Geschichte der Sowjetunion. 7., verbesserte und erweiterte Auflage. Durchgesehen und ergänzt von Wolfgang Geierhos. Stuttgart 1987, S. 3–8.

¹² Schwarz, Populism, S. 51–53; Helmut Krause: Marx und Engels über das zeitgenössische Rußland. Gießen 1958, S. 113f. Mehringer, Revolution, S. 57–61.

¹³ Rubel, Russische Kommune, S. 51f.; Mehringer, Revolution, S. 65ff.

¹⁴ Stampfer, Erfahrungen, S. 104; Julius Martow: Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Mit einem Nachtrag von Th. Dan: Die Sozialdemokratie Rußlands nach dem Jahre 1908. Berlin 1926. [Nachdruck Erlangen 1973], S. 59; Botho Brachmann: Russische Sozialdemokraten in Berlin 1895–1914. Berlin (O) 1962, S. 13; Claudie Weill: Deutsche und russische Sozialdemokraten um die Jahrhundertwende, in: IWK 15 (1979), S. 54–57, hier: S. 56. Paul Löbe berichtet sogar von Unterstützung bei der Waffenbeschaffung zur Zeit der ersten russischen Revolution. Paul Löbe: Der Weg war lang. Lebenserinnerungen. 3., erw. Neuauflage 1954 (1949), S. 52.

¹⁵ Vgl. die Schilderung eines der Angeklagten: „Der Geheimbund des Zaren. Erinnerungen an den Königsberger Prozeß 1904“ Von Wilhelm Paetzel, in: Vorwärts Nr. 306 vom 3. 7. 1929, Beilage Der Abend; der Artikel erschien in Auszügen auch in russischer Sprache in: Socialističeskij Vestnik Nr. 14 (204) vom 15. 7. 1929 (25-letie Kenigsbergskogo processa). Kenneth R. Calkins: Hugo Haase – Demokrat und Revolutionär. Berlin 1978, S. 16f.; Helmut Trotnow: Karl Liebknecht. Eine politische Biographie. Köln 1980, S. 63–67.

¹⁶ Protokoll SPD-PT Jena (17. bis 23. September 1905), S. 141f. und S. 359.

weithin Konsens unter den russischen wie den deutschen Sozialdemokraten¹⁷. Umstrittener war die Frage, welche Bedeutung die russische Revolution für das deutsche Proletariat hatte. Für Rosa Luxemburg war sie „weniger ein letzter Nachläufer der alten bürgerlichen, wie ein Vorläufer der neuen Serie der proletarischen Revolution des Westens“¹⁸.

In Deutschland aber war man gar nicht so sehr geneigt, „russisch zu reden“. Zwar kam nicht zuletzt unter dem Eindruck der Revolution eine heftige Debatte über den Massenstreik als politische Waffe in Schwung, doch zeigte sich dabei, daß das konservative Eigengewicht der gewerkschaftlichen Organisationen, aber auch deren ernüchternde Erfahrungen gegenüber dem revolutionären Ostwind die ausschlaggebende Bedeutung hatte.

So ließ schließlich eben jener Parteitag in Jena, der sich so sehr für die russische Revolution begeistert hatte, den Generalstreik allenfalls noch als Defensivmittel zur Abwehr von Angriffen auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum Reichstag oder das Koalitionsrecht gelten, was die Gewerkschaften widerwillig akzeptierten¹⁹.

Die sozialpsychologische Bedeutung der russischen Kämpfe für die vom „revolutionären Attentismus“²⁰ geprägte SPD hat Friedrich Stampfer treffend gekennzeichnet: „All die Revolutionslust, die sich im Inland nicht auswirken konnte, entlud sich in Reden und Artikeln über die Schmach der Zarenknechte und das Heldentum der Revolutionäre.“²¹

Irritierend für das Bild von den revolutionären Helden war allerdings, daß diese untereinander heftig zerstritten waren, wobei die Gründe für die Zerwürfnisse in der russischen Sozialdemokratie allenfalls für eine Handvoll deutscher Genossen begreifbar waren. Erst mit einem Jahr Verspätung hatte die kleine Gruppe der Leser des theoretischen Organs *Neue Zeit* 1904 aus einem Artikel Rosa Luxemburgs erfahren, daß in der SDAPR aus Differenzen über Organisationsfragen zwei Fraktionen entstanden wa-

¹⁷ Einen Überblick über die Einschätzungen der Revolution gibt Lösche, *Bolschewismus*, S. 36–40. Vgl. auch Bebels Aufruf an die deutschen Arbeiter in Russisch-Polen und Litauen vom 9. April 1905, abgedruckt bei Brachmann, *Russische Sozialdemokraten*, S. 141–144, hier: S. 143; ferner die mit stürmischem Beifall begrüßten Äußerungen der russischen Gastrednerin Angelica Balabanoff auf dem Magdeburger Parteitag der SPD 1906 („Das russische Proletariat weiß genau, daß es im Moment noch nicht für das Endziel kämpft, sondern daß es sich niedermetzeln lassen muß, um für Rußland überhaupt erst einmal eine konstitutionelle Verfassung zu schaffen, damit sich dort die Klassenkämpfe entwickeln können.“), Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906. Berlin 1906, S. 160f.; Mehringer, *Revolution*, S. 165–177; zur Entwicklung von Trotzki und Parvus' abweichender Position der „permanenten Revolution“ siehe ebenda, S. 197–255 und Winfried B. Scharlau; Zbynek A. Zeman: *Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie*. Köln 1964, S. 94.

¹⁸ Zit. nach Lösche, *Bolschewismus*, S. 37

¹⁹ Carl E. Schorske: *Die große Spaltung. Die deutsche Sozialdemokratie von 1905 bis 1917*. Berlin 1981, S. 63–69; Salvadori, *Sozialismus und Demokratie*, S. 131–162; Julius Braunthal: *Geschichte der Internationale*. Berlin usw., Bd. 1, ³1978, S. 304.

²⁰ Zu diesem Begriff: Dieter Groh: *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*. Frankfurt a.M. usw. 1973, S. 57–63.

²¹ Stampfer, *Erfahrungen*, S. 106

ren²². Eine Entgegnung Lenins zu drucken, lehnte Karl Kautsky, der die *Neue Zeit* redigierte, mit der Begründung ab: „Dieser Zwist ist ein derartiger, dass ihn die deutschen Parteigenossen nie begreifen werden. Ein Zwist, den man nicht begreift, wirkt aber abstoßend.“²³.

Mit besonderem Unverständnis registrierten die deutschen Sozialdemokraten, daß die Spaltung auch während der Revolution aufrechterhalten wurde und die Bolschewiki gar die Wahl zur ersten Duma, dem vom Zaren im Oktober 1905 zugestandenen scheinkonstitutionellen Parlament boykottierten²⁴. Die mehrfachen, bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges fortgesetzten Versuche der SPD-Führung, die verfeindeten Flügel der russischen Sozialdemokratie zu einigen, endeten ebenso mit Mißerfolgen, Verärgerung und Frustration wie der Versuch Kautskys, Franz Mehrings und Clara Zetkins, die Treuhänderschaft für das russische Parteivermögen zu übernehmen²⁵.

Auch die Internationale schaltete sich in diese Bemühungen ein und entsandte im Mai 1914 sogar den Belgier Emil Vandervelde nach Petersburg, damit er dort Informationen über den russischen Parteikonflikt sammle. Noch in seiner letzten, vom drohenden Krieg schon überschatteten Sitzung am 29./30. Juli 1914 faßte das Internationale Sozialistische Büro einen Beschluß über die formelle Einigung der beiden Strömungen der russischen Sozialdemokratie²⁶. Zwei Tage darauf begann der Erste Weltkrieg, an dessen Ende die unüberbrückbare Spaltung nicht nur der russischen, sondern der gesamten internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung stand.

Als Hugo Haase, der Vorsitzende der SPD-Fraktion, am 4. August 1914 im Reichstag erklärte, man werde den von der Regierung beantragten Kriegskrediten zustimmen, führte er als Begründung an, es stehe „für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft [...] bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel“²⁷. Die Erklärung – basierend auf einem Entwurf des Reichstagsabgeordneten Eduard David mit einem Zusatz von Karl Kautsky und von Haase nur auf Drängen der Mehrheit seiner Fraktionskollegen gegen seine eigene Überzeugung vorgetragen²⁸ – war geeignet, den Eindruck zu erwecken, daß das deutsche Reich allein gegen Rußland Krieg führen würde. Die anderen „Feindstaaten“, Frankreich und England, wurden ebensowenig erwähnt wie der Einmarsch in das neutrale Belgien. Nur als Krieg gegen das reaktionäre Rußland war der Krieg für die SPD zu rechtfertigen.

Die im Anschluß an die Revolution einsetzende, verschärfte politische Verfolgung in Rußland hatte die Feindseligkeit der deutschen Sozialdemokraten gegen den Zarismus

²² Lösche, Bolschewismus, S. 29. Die Bolschewiki („Mehrheitler“) favorisierten das Leninsche Modell einer Partei von Berufsrevolutionären, die Menschewiki („Minderheitler“) wollten all jene als Mitglieder anerkennen, die sich zu den Zielen der Partei bekannten und unter ihrer Kontrolle arbeiteten.

²³ Dietrich Geyer: Die russische Parteisplaltung im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1905, in: IRSH 3 (1958), S. 195–219 und S. 414–444, hier: S. 217 f.

²⁴ Geyer, Parteisplaltung S. 419 f. und 428 ff.; Lösche, Bolschewismus, S. 56–58 und S. 66.

²⁵ Geyer, „Ostpolitik“ S. 152; ders.: Kautskys russisches Dossier. Frankfurt a. M. usw. 1981, S. 70; Lösche, Bolschewismus, S. 60–65.

²⁶ Martow/Dan, Geschichte der russischen Sozialdemokratie, S. 267 f.

²⁷ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe 2. Bd. I. Berlin (O) 1958, S. 22 f.; Groh, Negative Integration, S. 703 f., Fußnote 182.

²⁸ Groh, Negative Integration, S. 695 f.

nur verstärkt. Keinesfalls wollte man Deutschland unter dessen Einfluß geraten lassen. Diese sozialdemokratische Furcht vor der russischen Gefahr hatte sich Reichskanzler Bethmann Hollweg in den letzten Tagen vor dem Kriegsbeginn souverän zunutze gemacht.

Die militärische und die politische Führung des deutschen Reiches waren sich bewußt, daß die Zeit der Kabinettskriege endgültig vorbei war. Es kam daher insbesondere darauf an, die Anhängerschaft der Sozialdemokratie – 1912 bereits immerhin mehr als ein Drittel der Gesamtwählerschaft, in den größeren Städten in der Regel sogar mehr als die Hälfte²⁹ – für den Krieg zu gewinnen. Rußland als den Angreifer erscheinen zu lassen, war dafür das geeignete Mittel³⁰. Die alte Idee des revolutionären Volkskrieges gegen die reaktionäre Vormacht Europas aus der 1848er Zeit mußte in diesem Falle die pazifistischen Tendenzen in der Sozialdemokratie überwinden. Damit war, wenn auch in der Erklärung der Reichstagsfraktion unausgesprochen, auch die Bereitschaft zum Kampf gegen die Bündnispartner des Zarenreiches verbunden. Die Feststellung von Engels aus dem Jahre 1892 „[...] sollte die französische Republik sich in den Dienst seiner Majestät des Zaren und Selbstherrschers aller Reußen stellen, so würden die deutschen Sozialisten sie mit Leidwesen bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie“³¹, hatte auch 20 Jahre später noch Gültigkeit.

Zwar fanden noch am 28. Juli 1914 in allen deutschen Großstädten Massendemonstrationen gegen den Krieg statt³², doch letztlich hatte die Taktik Bethmann Hollwegs, Rußland ins Unrecht zu setzen, Erfolg. Auch und gerade die Vertreter des linken Flügels der SPD glaubten, die Regierung wolle das Risiko einer bewaffneten Auseinandersetzung nicht eingehen³³. War es Bethmann gelungen, bei den Sozialdemokraten den Eindruck zu erwecken, die deutsche Regierung sei friedenswillig, so aktualisierte sich andererseits die Furcht vor der russischen Gefahr mit der russischen Generalmobilmachung am Abend des 30. Juli und der folgenden deutschen Erklärung drohender Kriegsgefahr am 31. Juli. Die Stimmung schlug nun auch bei der Mehrheit der SPD und ihrer Anhängerschaft um. Die nationale Einheitsfront war hergestellt.

Doch die Integration der Sozialdemokratie in diese Einheitsfront war von Anfang an prekär. Schon in der Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion am 3. August hatten sich 14 von 92 Abgeordneten gegen die Bewilligung der Kriegskredite ausgesprochen. Der Kern der künftigen Opposition gegen die „Burgfriedenspolitik“, mit der die Mehrheit der Sozialdemokratie die Kriegführung unterstützte, war von Anfang an vorhanden³⁴.

Die SPD-interne Opposition gegen den Krieg mündete bekanntlich in die Spaltung der Partei im April 1917. In die neugegründete Sammelorganisation der entschiedenen Kriegsgegner, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), trat

²⁹ Gerhard A. Ritter: Die Sozialdemokratie im deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: HZ 249 (1989), S. 295–362, hier: S. 348 und S. 350.

³⁰ Zum folgenden siehe vor allem Egmont Zechlin: Bethmann Hollweg, Kriegsrisiko und SPD 1914, in: Wolfgang Schieder (Hrsg.): Erster Weltkrieg. Ursachen, Entstehung und Kriegsziele. Köln usw. 1969, S. 165–190, hier: S. 172.

³¹ Zitiert nach Helmut Hirsch: Friedrich Engels in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek bei Hamburg 1968, S. 112.

³² Groh, Negative Integration, S. 637–640; Zechlin, Bethmann Hollweg, S. 173.

³³ Groh, Negative Integration, S. 643 f.; Zechlin, Bethmann Hollweg, S. 175 f.

³⁴ Ebenda, S. 692.

auch die Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ein. Liebknecht war der erste, der die Fraktionsdisziplin durchbrach und schon am 2. Dezember 1914 gegen neuerliche Kriegskredite stimmte³⁵. Liebknecht, der aktivste Kämpfer gegen den Zarismus in der deutschen Sozialdemokratie, ließ sich durch den Mythos des Verteidigungs- und Befreiungskrieges gegen Rußland nicht täuschen, und auch Rosa Luxemburg stellte in ihrer erstmals Anfang 1916 erschienenen Junius-Broschüre fest, daß die 1892 von Engels in seinen Erörterungen über den Krieg mit Rußland angenommenen Voraussetzungen nicht mehr zuträfen³⁶.

Für die Mehrheit der Sozialdemokraten blieb jedoch die Feindschaft gegen Rußland der integrierende Faktor bis in das Jahr 1917. Der Krieg erhielt durch den Kampf gegen Rußland für sie die Weihen einer Befreiungsmission für die vom Zarismus unterdrückten Völker, einschließlich des russischen Volkes³⁷. Eine klare politische Konzeption lag dem jedoch nicht zugrunde, und so schwamm der an der „Politik des 4. August“ festhaltende Flügel der Sozialdemokratie, wie Erich Matthias es ausgedrückt hat, „im Kielwasser der Bethmann Hollwegschen Ostpolitik mit“³⁸.

Als in der Februarrevolution 1917 der Zarismus endgültig unterging, war auch die Grundlage des Befreiungsmythos hinfällig. Die deutsche Sozialdemokratie stand damit vor der Aufgabe, ihr Verhältnis zu Rußland neu zu definieren.

Inkompatible Hoffnungen: Die Bedeutung der russischen Februarrevolution für die deutsche Sozialdemokratie

„Seine unmittelbare psychologische Wirkung auf die Stimmung in der deutschen Arbeiterschaft war enorm“, stellte Wilhelm Dittmann über den Sturz des Zarismus im März 1917 fest³⁹. Ähnlich erinnerte sich Alexander Stein: „Man kann sich heute nur noch schwer eine Vorstellung davon machen, welch' gewaltigen Eindruck die russische Märzrevolution von 1917 [...] auf die oppositionellen Kreise in Deutschland gemacht hat.“⁴⁰ Die Begeisterung, mit der die Nachricht vom Sturz des Zaren in Deutschland aufgenommen wurde, war um so größer, als es sich um eine gute Botschaft in schlechten Zeiten handelte, fiel sie doch auf das Ende des härtesten und entbehrungsreichsten der bisherigen Kriegswinter⁴¹. Zur Genugtuung über den Untergang der verhaßten russischen Selbstherrschaft kam die Hoffnung auf einen baldigen Frieden. Auch für jene Sozialdemokraten, die an der „Politik des 4. August“ festhielten und nicht von der wachsenden Opposition gegen den Kurs der Parteimehrheit erfaßt worden waren, war

³⁵ Immanuel Geiss: Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg. München 1985, S. 149. In der vielfältigen Literatur zur Entwicklung der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg nimmt den Rang eines Standardwerkes ein Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1974.

³⁶ Junius (= Rosa Luxemburg): Die Krise der Sozialdemokratie. Zürich 1917, S. 83f.

³⁷ Miller, Burgfrieden, S. 234.

³⁸ Matthias, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten, S. VII.

³⁹ Wilhelm Dittmann: Erinnerungen, Typoskript im IISG Amsterdam, S. 799.

⁴⁰ Alexander Stein: Rosa Luxemburg und der Kommunismus. Typoskript (New York 1948). Nl. A. Stein, IISG Amsterdam, Mappe 39, S. 30.

⁴¹ Erich Matthias: Die Rückwirkung der russischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterbewegung, in: Helmut Neubauer (Hrsg.): Deutschland und die russische Revolution. Stuttgart usw. 1968 S. 69–93, hier: S. 75.

mit der Revolution in Rußland die Hauptlegitimation für die Unterstützung der deutschen Kriegführung weggefallen⁴². Der Petrograder Sowjet – neben der provisorischen Regierung das zweite und bedeutsamere Machtzentrum des revolutionären Rußland – wies in seinem Appell An die Völker der ganzen Welt vom 14. (27.) März 1917 in einer eigens an die deutschen Arbeiter gerichteten Passage auf diesen Sachverhalt hin:

„Seit den ersten Kriegstagen hat man euch die Überzeugung beizubringen gesucht, daß, indem ihr gegen das absolutistische Rußland die Waffe erhebt, ihr die Kultur Europas gegen den asiatischen Despotismus verteidigt. Viele von euch sahen darin eine Rechtfertigung jener Unterstützung, die ihr dem Krieg zuteil werden ließet. Nunmehr gibt es auch diese Rechtfertigung nicht, denn das demokratische Rußland kann Freiheit und Kultur nicht bedrohen.“⁴³

Das von Maxim Gorki entworfene Manifest enthielt darüber hinaus mit der Forderung nach einem „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“ eine Formel, die nach Wilhelm Dittmanns Worten „wie ein Funke im Pulverfaß des deutschen Proletariats, auch bei den Anhängern der sozialistischen Parteien“ gezündet habe⁴⁴. Insbesondere die entschiedenen sozialdemokratischen Kriegsgegner, die sich Anfang April 1917 in Gotha als Unabhängige Sozialdemokratische Partei konstituierten, erhielten durch die Revolution in Rußland verstärkten Auftrieb⁴⁵. Sie fühlten sich dadurch in ihrer eigenen Politik bestätigt. Die USPD nahm in das Manifest ihres Gründungsparteitages eine der Petrograder Friedensformel analoge Formulierung auf. Die Revolution wurde mit einer „begeisterten Huldigung“ begrüßt⁴⁶. Allerdings ging nur die radikale Spartakusgruppe, die sich unter Wahrung ihrer Autonomie der USPD angeschlossen hatte, so weit, die deutschen Arbeiter zur unmittelbaren Nachahmung des russischen Beispiels aufzufordern⁴⁷.

„Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution“, bekundeten auch Parteivorstand, Parteiausschuß und die Fraktionsvorstände von Reichstag und preußischem Abgeordnetenhaus der MSPD in einer gemeinsamen Erklärung Anfang April 1917⁴⁸. Doch in die „leidenschaftliche Anteilnahme“ mischte sich auch eine deutliche Spur von Skepsis und Zurückhaltung. „Die Hoffnungen, die auf die russische Revolution gesetzt werden, sind vielfach übertrieben“, warnte Philipp Scheidemann. Die bürgerlichen Repräsentanten der neuen Regierung, wie Außenminister Miljukov und Kriegsminister Gučkov, hätten die Revolution nicht mitgemacht, um zum Frieden zu kommen, sondern weil sie den Krieg im Interesse bürgerlicher Schich-

⁴² Auf die vielfach behandelte Entwicklung der innerparteilichen Opposition während des Ersten Weltkrieges, kann hier nicht ausführlicher eingegangen werden. Vgl. aus der Literatur vor allem Miller, Burgfrieden sowie Horst Lademachers Edition Die Zimmerwalder Bewegung. Den Haag 1967.

⁴³ Dokumente und Materialien II, 1, S. 579f.

⁴⁴ Manfred Hildermeier: Die Russische Revolution 1905–1921. Frankfurt a. M. 1989, S. 158. Dittmann, Erinnerungen, S. 799.

⁴⁵ Dittmann, Erinnerungen, S. 806; Stein a. a. O.

⁴⁶ Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitages der USPD vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha. Berlin 1921, S. 81 [Protokolle der USPD, Bd. 1. Nachdr. Glashütten 1975].

⁴⁷ Dokumente und Materialien, II, 1, S. 630–633.

⁴⁸ Protokoll der Sitzung des erweiterten Parteiausschusses der SPD, Berlin, 18./18. April 1917, in: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, hrsg. von Dieter Dowe. 2 Bde. Berlin, Bonn 1980. Bd. 1, S. 74 [504]. Nach der Gründung der USPD wurde die „Mutterpartei“ zur Unterscheidung vielfach als Mehrheits-SPD = MSPD bezeichnet.

ten zu forcieren wünschten. Dennoch werde sich die revolutionäre Bewegung in Rußland mit Sicherheit auf den Frieden zubewegen. Eine Revolution wie in Rußland – wo die revolutionären Kräfte auf die Unterstützung des Bürgertums bauen konnten – sei in Deutschland aber undenkbar⁴⁹.

Trotz dieser zurückhaltenden Einschätzung bewog der Umsturz des alten Systems in Rußland die MSPD, ihre Forderungen nach Demokratisierung und einem Verständigungsfrieden mit erhöhtem Nachdruck zu stellen. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution forderte der erweiterte Parteiausschuß die sofortige Beseitigung der staatsbürgerlichen Ungleichheit und die Parlamentarisierung des Reiches. Er machte sich ferner weitgehend die Friedensformel des Petrograder Sowjet zu eigen. Anstelle der dort enthaltenen Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker sprach die Resolution allerdings einschränkend von der „freien nationalen Entwicklung aller Völker“⁵⁰.

Im Gegensatz zu dem Petrograder Aufruf, der auf einen allgemeinen Frieden abzielte, erklärte im übrigen Scheidemann vor dem Parteiausschuß in aller Deutlichkeit: „Wenn wir den allgemeinen Frieden nicht bekommen können, dann werden wir selbstverständlich auch einen Separatfrieden akzeptieren.“⁵¹ Vorerst war aber weder der eine noch der andere aktuell. Das Manifest des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates hatte keine sofortige Waffenruhe gefordert. Bei den russischen Revolutionären bestanden erhebliche Zweifel an der Friedensfähigkeit des deutschen Kaiserreiches. Der Vorsitzende des Sowjets, der georgische Menschewik N. Čcheidze, interpretierte das Manifest am Tag nach seiner Verabschiedung mit dem Hinweis, bevor man über Frieden verhandle, rufe man den Deutschen zu, Kaiser Wilhelm zu stürzen⁵².

Mit der Februarrevolution war eine eigenartige Umkehrung der Verhältnisse eingetreten. Die Bedrohung durch das reaktionäre Rußland konnte den deutschen Sozialdemokraten nicht mehr zur Rechtfertigung des Krieges dienen. Für die russischen Sozialisten dagegen war nunmehr das halbautokratische Deutschland zum Inbegriff des reaktionären Staates geworden⁵³. Gegen diesen galt es das revolutionäre Rußland zu verteidigen, bis es zu einem allgemeinen Verständigungsfrieden kam. Dabei hoffte man nicht so sehr auf die Einsicht des alten Regimes in Deutschland als auf eine deutsche Antwort auf die russische Revolution. Das war die Linie der sogenannten „revolutionären Defensisten“, die in der ersten Phase der Revolution sowohl die menschewistische Partei als auch den Petrograder Sowjet führten. Ihre wichtigsten Vertreter waren I. G. Ceretelli und F. I. Dan⁵⁴. Ein Separatfrieden mit Deutschland wurde von allen sozialisti-

⁴⁹ Ebenda, S. 43 f. [473 f.]

⁵⁰ Ebenda, S. 74 [504]; Miller, Burgfrieden, S. 288.

⁵¹ a. a. O. S. 46 [476]; Ebert allerdings hatte Reichskanzler Bethmann Hollweg vor Separatfriedensbestrebungen, die nur den russischen Kriegswillen stärken müßten, gewarnt. Friedrich Ebert jun. (Hrsg.): Friedrich Ebert. Schriften, Aufzeichnungen, Reden. 2 Bde. Dresden 1926. Bd. 1, S. 380.

⁵² Hildermeier, Revolution, S. 158.

⁵³ Abraham Ascher: Russian Marxism and the German Revolution, 1917–1920, in: Archiv für Sozialgeschichte 5/6 (1966/67), S. 391–439, hier S. 394.

⁵⁴ Ziva Galili y Garcia: The Origins of Revolutionary Defensism: I. G. Tsereteli and the „Siberian Zimmerwaldists“, in: Slavic Review 41 (1982), S. 454–476. Zur Haltung der anderen Flügel des Menschewismus, der Internationalisten und des rechten Flügels um Plechanow, der für einen „entscheidenden Sieg“ eintrat, vgl. Ascher, Russian Marxism, S. 395 f.; ders.: The Mensheviks in the Russian Revolution. London 1976, S. 24–29; Martow/Dan, S. 294 f.

schen Parteien, inklusive der Bolschewiki, abgelehnt. Man fürchtete, dies würde die Restauration der alten Ordnung in Rußland und seinen Kampf gegen die Westalliierten an der Seite der Mittelmächte zur Folge haben⁵⁵.

Kein Sozialist hätte einen solchen Frontwechsel rechtfertigen können. Dagegen erschien nach der Februarrevolution der Krieg nunmehr eindeutig als ein Kampf der Demokratien gegen die autokratischen Staaten. Insbesondere die englischen und französischen Sozialisten, die die Kriegführung ihrer Regierungen unterstützten, waren durch die Revolution der Peinlichkeit enthoben, als Bündnispartner der reaktionärsten Macht Europas zu fungieren⁵⁶. Führende sozialdemokratische Politiker der Entente-Länder, wie der Belgier Emile Vandervelde, der französische Munitionsminister Albert Thomas, Arthur Henderson von der Labour Party und andere reisten im Frühjahr 1917 nach Rußland, um ihre russischen Genossen vom Abschluß eines Sonderfriedens zurückzuhalten und von der Notwendigkeit der Weiterführung des Krieges bis zur Vernichtung des deutschen Imperialismus zu überzeugen⁵⁷.

Der „demokratische Schulterschuß“ – der Sturz des Zarismus erleichterte auch den USA den durch den deutschen U-Bootkrieg provozierten Kriegseintritt⁵⁸ – stand den Friedenshoffnungen, die die deutsche Sozialdemokratie mit der Februarrevolution verband, entgegen. Die Auflösung dieses Knotens durch eine Revolution gegen den Kaiser, wie sie die russischen Sozialisten von ihren deutschen Genossen erhofften, stand aber weder für Mehrheits- noch für Unabhängige Sozialdemokraten aktuell zur Debatte. Daran änderten auch die von Friedenssehnsucht inspirierten Massenstreiks in den Rüstungsbetrieben Berlins, Leipzigs und anderer Städte und die Flottenunruhen vom August nichts⁵⁹.

Weniger die Sozialdemokraten als die bürgerliche Mitte revidierte infolge der Februarrevolution ihre Positionen und näherte sich in der Frage des Friedens wie der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung sozialdemokratischen Standpunkten⁶⁰. Ausdruck dieser Entwicklung war die Zusammenarbeit von Zentrum, Fortschrittlicher Volkspartei und SPD im sogenannten „Interfraktionellen Ausschuß“ des Reichstages und die von der Reichstagsmehrheit am 19. Juli beschlossene Resolution für einen Verständigungsfrieden⁶¹.

⁵⁵ Ju. Denike: Men'seviki v 1917 godu. [Die Menschewiki im Jahre 1917], in: Ju. Fel'stinskij (Hrsg.): Men'seviki. Benson, Vermont 1988, S. 34–54, hier: S. 42 und S. 46; Ascher, Mensheviks, S. 95.

⁵⁶ Gerhard A. Ritter: Großbritannien und die Provisorische Regierung in Rußland 1917, in: Ders.: Parlament und Demokratie in Großbritannien. Göttingen 1972, S. 182–228, hier: S. 187; Christian Jelen: L'Aveuglement. O. O. [Paris] 1984, S. 82 f.; Rudolf Klepsch: Die Auswirkungen der russischen Revolutionen von 1917 in der britischen Arbeiterbewegung, in: GWU 38 (1987) S. 193–203.

⁵⁷ Braunthal, Internationale, Bd. 2, S. 80–82; von Rauch, Sowjetunion, S. 46 f.

⁵⁸ George F. Kennan: Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin. Stuttgart 1961, S. 31 f.

⁵⁹ Vgl. die zitierten Äußerungen von Scheidemann auf der Tagung des erweiterten Parteiausschusses; zur Haltung der USPD-Mehrheit zitiert Ascher, Russian Marxism, S. 395, Fußnote 7, einen interessanten Briefwechsel zwischen Kautsky und Hilferding vom Jahresende 1917; Miller, Burgfrieden, S. 292–295.

⁶⁰ Matthias, Rückwirkung, S. 77; Miller, Burgfrieden, S. 351.

⁶¹ Karl Dietrich Erdmann: Der Erste Weltkrieg. München 1980, S. 199 f. und S. 205 f.

Diesem Ziel sollte auch eine Konferenz von Sozialisten aller Länder in Stockholm dienen. Der erste Anstoß dazu war von holländischen und skandinavischen Sozialisten im April 1917 gekommen. Dann hatte der Petrograder Sowjet sich diese Initiative zu eigen gemacht, die in der deutschen Sozialdemokratie große Hoffnungen auslöste⁶². Die Konferenz kam jedoch nie zustande, es blieb bei Vorsondierungen. Die unmittelbare Ursache für das Scheitern des Stockholmer Konferenzprojekts, war die Weigerung der westlichen Entente-Regierungen, sozialistischen Politikern ihrer Länder Pässe für die Teilnahme auszustellen. Es ist aber zweifelhaft, ob selbst beim Zustandekommen der Konferenz eine Einigung möglich gewesen wäre, da zwischen den sozialistischen Mehrheitsparteien der kriegführenden Länder in wesentlichen Punkten – etwa über die staatliche Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens – grundlegende Differenzen bestanden.

Nicht nur die Hoffnung der deutschen Sozialdemokraten auf eine sozialistische Friedenskonferenz wurde enttäuscht, auch die Entwicklung in Rußland verlief nicht in ihrem Sinne. Bezeichnend ist, daß der erste Allrussische Kongreß der Räte der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der am 3. Juni in Petrograd zusammentrat, gleichermaßen die Initiative des Petrograder Sowjet für die Stockholmer Konferenz wie auch die geplante Kerenskij-Offensive an der galizischen Front billigte⁶³. Hermann Müller, der sich im August zu politischen Sondierungen in Stockholm aufhielt, äußerte sich in einem Brief an Friedrich Ebert schwer enttäuscht über seine dortigen russischen Kontakteleute Panin und Axelrod, die nicht bereit seien, vorhandenen Verhandlungsspielraum überhaupt auszuloten, wie über die russische Entwicklung im allgemeinen: „Von Rußland kommt das Heil nicht so bald. [...] Die heutige Lage enttäuscht alle und treibt die, die den Frieden von der Revolution erhoffen, z. T. aus Enttäuschung in das Lager der Konterrevolution, z. T. in das der Bolschewik[en] und Anarchisten.“⁶⁴

Die enttäuschten Friedenshoffnungen manifestierten sich beim Würzburger Parteitag der SPD vom 14.-20. Oktober 1917 – dem ersten seit Kriegsausbruch – in einer Bekräftigung der „Politik vom August 1914“. Der Reichstagsabgeordnete Eduard David, der in der wichtigsten Frage des Parteitages, der von Krieg und Frieden, die dominierende Rolle spielte, wertete die Februarrevolution als Bestätigung dieser Politik. Hätte die SPD nicht den Kriegskrediten zugestimmt und Burgfriedenspolitik betrieben, so argumentierte er, wäre der Zar als Sieger in Berlin eingezogen, und die Frucht des Krieges wäre somit nicht die russische Demokratie sondern die zaristische Hegemonie über ganz Ost- und Mitteleuropa gewesen⁶⁵. Aufforderungen russischer und französischer Sozialisten, die deutschen Sozialdemokraten sollten nun ebenfalls Revolution machen, um einen Friedensschluß zu ermöglichen, erteilte David eine Absage. Deutschland und

⁶² Braunthal, Internationale, S. 82–84; Agnes Blänsdorf: Friedrich Ebert und die Internationale, in: Archiv für Sozialgeschichte 9 (1969) S. 321–428, hier: S. 340. Zur Friedenspolitik der russischen Sozialisten insbesondere unter dem Gesichtspunkt ihrer Beziehungen zu den englischen und französischen Sozialisten siehe Jürgen Stillig: Die russische Februarrevolution und die sozialistische Friedenspolitik. Köln, Wien 1977.

⁶³ Hildermeier, Revolution, S. 172f.; Braunthal, Internationale, S. 84; vgl. auch Ceretelis Stellungnahme zugunsten der Offensive in seiner Ansprache auf dem Kongreß, auszugsweise abgedruckt in Ascher, Mensheviks, S. 95–97.

⁶⁴ Müller an Ebert, 21. August 1917, abgedruckt bei Blänsdorf, Ebert, S. 398ff., hier: S. 400.

⁶⁵ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD, abgehalten in Würzburg vom 11. bis 20. Oktober 1917, S. 67. Berlin 1917 [Nachdr. Glashütten 1973].

Rußland seien nicht zu vergleichen. Die USPD, an die sich die russischen Appelle vor allem richteten, habe die Pflicht, „die nötige Antwort auf diese Aufforderungen zu geben, um drüben Hoffnungen zu zerstören, die, wenn sie nicht zerstört würden, den Krieg verlängern müßten.“⁶⁶ Das allerdings hatte die USPD-Führung schon vorher getan. In Gesprächen mit Vertretern des Petrograder Sowjet, die Ende Juni in Stockholm im Rahmen der Vorbereitung der geplanten Konferenz stattfanden, hatten die USPD-Vertreter Haase, Herzfeld und Ledebour klargemacht, daß mit einer Revolution in Deutschland wegen der Stärke der Bourgeoisie und des Militärs nicht zu rechnen sei. Einig war man sich in der Ablehnung eines deutschrussischen Separatfriedens gewesen⁶⁷.

Peter Lösche vertritt in seinem grundlegenden Werk *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie, 1903–1920* die These, angesichts des von der Mehrheit der russischen Sozialisten verfolgten Kurses der „revolutionären Landesverteidigung“ seien zunehmend die Bolschewiki zu den Trägern der Friedenshoffnungen der deutschen Sozialdemokraten geworden⁶⁸. Jedoch lehnten diese zugleich die bolschewistischen Revolutionserwartungen ab. Die russische Regierung, einschließlich der meisten sozialdemokratischen Vertreter in ihr, sei in der Hand der Entente, erklärte Eduard David bei der Tagung des Parteiausschusses am 26. Juni 1917. Er kritisierte aber auch die Leninsche Friedenspolitik. Sie stütze sich auf die falsche Hoffnung eines baldigen Zusammenbruchs und einer Revolutionierung Deutschlands, die durch die Politik der deutschen Sozialdemokraten nicht gestärkt werden dürfe. David sprach sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich gegen eine Ablehnung der Kriegskredite aus. Er verwies auf das Friedensbedürfnis der russischen Massen. Nur wenn Deutschland stabil bleibe, bestünde auch die Hoffnung, daß diejenigen in Rußland, die den Frieden wollten, auch das Heft in die Hand bekämen. Diese Kräfte bezeichnete er als „die russische Demokratie“, ohne näher zu erklären, was er darunter verstand. Carl Severing nannte als Träger des russischen Friedenswillens den zu dieser Zeit noch von Menschewiki und Sozialrevolutionären dominierten allrussischen Arbeiter- und Soldatenrat⁶⁹. Das Verhältnis der deutschen Mehrheitssozialdemokratie zu den Bolschewiki war also gespalten, als Lösche es beschreibt. Im Bild von Lenins Partei als der entschiedensten Friedenskraft tauchten widersprechende Züge auf, so das Fortwirken ihres Images als einer linksextremen Sekte⁷⁰, vor allem aber die Ablehnung ihrer weltrevolutionären Aspirationen. Lösches Feststellung, „Mehrheitspartei und Unabhängige unterstützten propagandistisch und, soweit es möglich war, auch politisch – wie etwa bei der Reise Lenins durch Deutschland – die Bolschewiki als die Partei in Rußland, die sich am entschiedensten für den Frieden und die Demokratie einsetzte“, ist in dieser apodiktischen Form nicht

⁶⁶ Ebenda, S. 323.

⁶⁷ Wheeler, USPD, S. 31.

⁶⁸ Vgl. den Abschnitt „Die Bolschewiki als Repräsentanten von Frieden und Parlamentarismus nach der russischen Märzrevolution 1917“ in Lösche, *Bolschewismus*, S. 84–99. Wegen ihrer Forderung nach unverzüglicher Einberufung der Konstituante erschienen die Bolschewiki auch als Vorkämpfer der Demokratie, siehe ebenda, S. 97f.

⁶⁹ Protokoll Parteiausschuß Berlin, 26. Juni, S. 542–544; auch auf dem Würzburger Parteitag wurde an keiner exponierten Stelle eine besondere Hoffnung auf die Bolschewiki ausgesprochen.

⁷⁰ Lösche, *Bolschewismus*, S. 88.

haltbar⁷¹. Insbesondere können die mit wenig Nachdruck betriebenen Kontaktversuche der SPD zu den durchreisenden Emigranten verschiedener(!) sozialistischer Richtungen nicht als Unterstützung der Bolschewiki gewertet werden⁷².

⁷¹ Lösche, *Bolschewismus*, S. 99. Die Protokolle des Parteiausschusses, die erst erhebliche Zeit nach Entstehung seiner Arbeit ediert wurden, hat Lösche nicht benutzt.

⁷² Die Reise war von dem russisch-deutschen Sozialisten Parvus im Alleingang zusammen mit deutschen Regierungsstellen organisiert worden. Die Gespräche die Parvus namens der SPD mit Lenins Begleiter Karl Radek führte, waren politisch ohne wesentliche Bedeutung. Vgl. dazu Scharlau/Zeman, *Freibeuter*, S. 254–257. (Ein weiterer Irrtum ist Lösches Annahme, der Plan zur Stockholmer Konferenz stamme von der SPD, a. a. O. S. 95.)

I. Teil: Jahre der Entscheidung (1917–1922)

3. Von der russischen Oktober- zur deutschen Novemberrevolution

Die Februarrevolution in Rußland hatte zwar das morsche, ineffektive und undemokratische System des Zarismus beseitigt, jedoch keine stabile politische Situation geschaffen. Es existierte kein einheitliches Machtzentrum. Die Situation war gekennzeichnet durch die „Doppelherrschaft“ der provisorischen Regierung einerseits und der Sowjets andererseits. Vor allem aber herrschte trotz des Umsturzes, der ganz wesentlich von der Friedenssehnsucht der Massen ausgelöst worden war, weiter Krieg. Nicht nur der Wunsch nach baldigem Frieden, sondern auch verbreitete Erwartungen grundlegender politischer Reformen, wie vor allem der Einberufung der Konstituante und der Agrarreform, wurden enttäuscht, da die Regierung diese Maßnahmen geordnet in Friedenszeiten vollziehen wollte. Die weitere Verschlechterung der ökonomischen Situation verschärfte die Unzufriedenheit. Autonomiebestrebungen der nichtrussischen Nationalitäten des Zarenreiches und Putschversuche von links und rechts heizten die politische Atmosphäre weiter auf. In der Armee zeigte sich zunehmend Desintegration¹.

Das Konzept des revolutionären Verteidigungskrieges konnte sich unter diesen Umständen, wie einer seiner Verfechter, Theodor Dan, rückblickend bemerkte, nur auf „eine dünne Schicht politisch geschulter Arbeiter“ stützen, während die breiten Massen immer stärker auf den sofortigen Frieden drängten². Insbesondere durch die unglückliche Kerenskij-Offensive machte sich die ursprüngliche Mehrheit der Landesverteidiger unter den Sozialisten unpopulär³.

Von dieser Situation profitierten die Bolschewiki, die seit Lenins Ankunft in Rußland im April auf die Zuspitzung der Revolution bis zum Sturz der provisorischen Regierung und der kapitalistischen Ordnung festgelegt waren. Mit ihrer zugkräftigen Parole „Frieden und Land“ gaben sie zweifelsohne den Wünschen und Interessen der Volksmehrheit Ausdruck. Ihre Anhängerschaft und ihr Einfluß in den Sowjets wuchs beträchtlich. Am 25. Oktober, dem 7. November moderner Zeitrechnung, übernahmen die Bolschewiki unter der Parole „Alle Macht den Räten“ die Herrschaft⁴. Bereits am Tag danach verabschiedete der Allrussische Sowjet die von Lenin vorgelegten Dekrete über die Landverteilung und einen „demokratischen Frieden“. Anders als die Friedenskundgebung des Petrograder Sowjet vom März enthielt Lenins Friedensdekret das Angebot eines sofortigen Waffenstillstandes⁵.

¹ Siehe dazu das Kapitel „Demokratische Revolution (Februar–Oktober 1917) in Hildermeier, Russische Revolution, S. 133–228.

² Martow/Dan, Russische Sozialdemokratie, S. 300.

³ Denike, Men'sheviki v 1917 godu, S. 46.

⁴ Einen Überblick über Forschungspositionen zum Verhältnis der Bolschewiki zu den russischen Unterschichten und zur Einschätzung der Oktoberrevolution gibt Dietrich Beyrau: Die russische Revolution im Meinungsstreit, in: NPL 30 (1985) S. 51–71, hier: S. 58–67.

⁵ Von Rauch, Sowjetunion, S. 72.

Neue Friedenschancen

Die deutschen Sozialdemokraten begriffen den Oktoberumsturz daher zunächst vor allem als eine Revolution für den Frieden. Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängige sahen nunmehr ihre Aufgabe gleichermaßen darin, auf die Regierung Hertling Druck auszuüben, um sie zur Annahme eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen zu bewegen⁶. „Freilich“, schreibt Susanne Miller, „erfolgte bei der USPD das Echo auf die Petersburger Ereignisse früher als bei der MSPD und sein Ton war wärmer und pathetischer als bei dieser.“⁷ Doch die Unterschiede der Reaktionen beider Parteien auf die Oktoberrevolution waren nicht nur emotionaler Natur. Personelle Konstellationen, die stärkere Einbindung der SPD in die Reichspolitik, aber auch die Tatsache, daß die USPD in höherem Maße als die SPD die Tradition theoretischer Rechtfertigung der Politik bewahrt hatte, führten dazu, daß in den ersten Wochen nach der Oktoberrevolution die SPD den aktiveren Part in der Friedensfrage spielte, während gerade in der USPD die Grundsatzdebatte zwischen Kritikern und Anhängern der Bolschewiki begann.

Für die SPD leistete erneut der wendige Helphand-Parvus Vermittlerdienste. Den von ihm vorgetragenen Wunsch der Bolschewiki, sie mit großen Streiks und Demonstrationen zu unterstützen, wiesen Ebert und Scheidemann aus Rücksicht auf die deutsche Regierung zurück. Wohl aber wollten sie auf einer ohnehin geplanten Agitationstour durch Deutschland für einen Verständigungsfrieden mit Rußland werben. Zur propagandistischen Unterstützung wurde ein Austausch von Solidaritätsbotschaften vereinbart. Parvus überbrachte der Auslandsvertretung der Bolschewiki in Stockholm die Glückwünsche der SPD. Er legte ihnen ferner den Text einer Resolution vor, die in den geplanten Massenversammlungen der SPD in Dresden und Elberfeld verabschiedet werden sollte. In der kurzen Erklärung wurden „die Errungenschaften der Arbeiter in der russischen Revolution“ begrüßt, die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand und einem demokratischen Frieden gutgeheißen und Solidarität mit den „russischen Klassenossen“ bekundet⁸.

„Die russischen Arbeiter und Soldaten haben die Macht aus den Händen derer gerissen, welche die Friedens- und sozialen Ziele der Revolution fallengelassen haben“, hieß es in dem Antworttelegramm des Stockholmer Büros der Bolschewiki. Die Aufforderung zu Streiks und Demonstrationen war fallengelassen worden. Das Telegramm enthielt nur einen allgemein gehaltenen Hinweis auf die Notwendigkeit der Unterstützung der russischen Friedensbemühungen durch die sozialdemokratische Arbeiterschaft aller kriegführenden Länder⁹.

In drei großen Versammlungen in Elberfeld, Hamburg und Bremen am 18., 22. und 24. November forderte Ebert eine positive Antwort der Mittelmächte auf das russische Friedensangebot; Scheidemann tat dasselbe am 18. November vor mehr als 6000 Zuhörern in Dresden¹⁰.

⁶ Miller, Burgfrieden, S. 352; „Proletarische Diktatur in Rußland“, LVZ Nr. 262 vom 9. 11. 1917. A. a. O.

⁸ Scharlau/Zeman, Freibeuter, S. 284–286.

⁹ Ebenda, S. 286; „Eine russische Kundgebung an die deutschen Arbeiter“, SPK Nr. 30 vom 24. 11. 1917.

¹⁰ Blänsdorf, Ebert, S. 345; „Eine russische Kundgebung...“ a. a. O.

Das Telegramm der bolschewistischen Auslandsvertretung war auch an die USPD gerichtet, erreichte sie jedoch nicht. Legationsrat Kurt Riezler in der Stockholmer deutschen Gesandtschaft, dem Parvus das Telegramm zur Übermittlung an die beiden sozialdemokratischen Parteien übergeben hatte, schickte es nur an die SPD. Die USPD boykottierte er wegen ihrer Gegnerschaft zur Kriegspolitik der deutschen Regierung¹¹. Dieses Verhalten entsprach deren Linie, Friedenskundgebungen der SPD zuzulassen, Versammlungen der USPD aber zu verhindern¹². Das mag die Verbitterung des USPD-Vorsitzenden Hugo Haase über die Haltung der SPD noch verstärkt haben. Am 25. November schrieb er in einem Privatbrief: „Die Scheidemänner haben die Gelegenheit nicht versäumen wollen, sich den Bolschewiki, als ihre Macht im Aufsteigen war, zu nähern, nachdem sie sie als ‚Putschisten‘, ‚Anarchisten‘ lange Zeit von oben herab behandelt haben. [...] Wenn sie in dieser Woche wieder die Kriegskredite bewilligen, so ist das die charakteristische Illustration zu dieser ‚revolutionären Aufwallung‘.“¹³

Von einer revolutionären Aufwallung konnte jedoch keine Rede sein. Die Oktoberrevolution und die Fühlungnahme mit den Bolschewiki veränderte nichts an der politischen Linie der Mehrheitssozialdemokraten, und sie betonten auch durchaus die Kontinuität. So erklärte Eduard David in Fortsetzung seiner Argumentation vom Würzburger Parteitag am 1. Dezember im Reichstag, ohne die Kriegspolitik der SPD säße jetzt in Petersburg der siegreiche Zar, die Bolschewiki hingegen wären im Gefängnis oder in sibirischen Verbannungsorten. Seine früheren Vorbehalte gegen Lenin schien David jedoch aufgeben zu haben, denn er bezeichnete die neue russische Regierung als „eine demokratische Regierung, die ernstlich zum Frieden bereit ist“¹⁴.

Die große Debatte beginnt

Die Friedensbereitschaft war der entscheidende Faktor für das Verhältnis der SPD zu den Bolschewiki in den ersten Wochen nach der Oktoberrevolution. Alle anderen politischen Fragen wurden ausgeklammert. „In den russischen Richtungsstreit mischen wir uns nicht ein“, hatte Scheidemann in seiner Dresdener Ansprache gesagt, „aber die Sache des Friedens ist die Sache aller internationalen Sozialisten, [...] und zu dieser Sache stehen wir mit jedem, der das gleiche Ziel verfolgt, bis zum äußersten.“¹⁵

Während Scheidemann die Auseinandersetzung um die Oktoberrevolution auf einen „russischen Meinungsstreit“ reduzieren wollte, war in der USPD das Bewußtsein der grundsätzlichen Bedeutung der russischen Vorgänge viel stärker ausgeprägt. Die Ereignisse in Rußland erklärte das Berliner *Mitteilungs-Blatt* der USPD, seien „die entscheidende Feuerprobe, die zu erweisen hat, ob der revolutionäre Sozialismus schon heute seine Theorien in ökonomische und politische Wirklichkeiten umsetzen kann“. Es handle sich also keineswegs um eine rein russische Angelegenheit, vielmehr gelte für jeden Proletarier „Tua res agitur, um deine Sache handelt es sich!“¹⁶

¹¹ Scharlau/Zeman, *Freibeuter* S. 287f.

¹² Miller, *Burgfrieden* S. 352.

¹³ Ernst Haase: Hugo Haase. Sein Leben und Wirken. Berlin 1929, S. 154.

¹⁴ Miller, *Burgfrieden*, S. 357.

¹⁵ Ebenda, S. 353.

¹⁶ „Eine entschiedene Wendung der russischen Revolution“, *Mitteilungs-Blatt* vom 18. 11. 1917, auszugsweise abgedruckt bei Horst Naumann: *Revolutionäre Berliner Sozialdemokraten*